

...wie alles vor 30 Jahren begann (II)

Eine Verbands„wiedergeburt“, kühne Wahlversprechen und mutige Entscheidungen

Alles begann im September 1991 mit Gründung des „Abwasserverbands Apfelstädt-Ohra“: **(Teil 1 siehe #89)**

2000: Im August übernahm Horst Jaeckel wieder den Vorsitz des Verbandes:

„Wir mussten damals viel diskutieren: Da ging es u. a. um die Rechtmäßigkeit der Verbandsgründung, was uns oft in die Ministerien führte. Und wir hatten damit zu tun, dass der damalige Landrat Dr. Dr. Siegfried Liebezeit (2000 - 2005) parteiisch die Sache der Bürgerinitiativen betrieb.“

2001: Im April begann die Prüfung des Zweckverbandes durch das Thüringer Innenministerium. Auch das Verwaltungsgericht zeigte erste Aktivitäten wegen der 1995er Gebührenbescheide. Dabei ging es aber nicht - wie die BI hofften - um deren Höhe...

Im August 2001 entschied dann das Thüringer Oberverwaltungsgericht, dass einige Zweckverbände nicht ordnungsgemäß gegründet worden seien...

2002: Landrat Dr. Liebezeit will die Verlängerung des Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtwirtschaft Gotha GmbH verhindern. Zudem sollte der Zweckverband seine Satzung ändern und Verbraucherbeiräte zulassen. Er wollte dies erzwingen, indem er forderte, dass Fördermittel nur fließen, wenn der Geschäfts-

besorgungsvertrag aufgelöst worden ist.

Die Stadtwirtschaft Gotha (Stawigo) wird Verbandsmitglied.

2004: Jetzt hieß es plötzlich, dass auch unser Zweckverband 1993 nicht rechtmäßig gegründet worden sei. Seine Existenz wurde deshalb auf den 1. Januar 1998 vordatiert. Trauriger Tag: Carsten Siebert, einer der Gründungs-Bürgermeister, stirbt am 3. Juni.

Landtagswahlen stehen an: Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) will wiedergewählt werden. Sein Wahlversprechen: Abschaffung und Rückzahlung der Trinkwasserbeiträge und die Änderung des Kommunalabgabengesetzes.

Zudem sollen die Zweckverbände keine Beitragsbescheide mehr verschicken. Er sagt zu, dass die Zinsen für Ausfälle vom Freistaat übernommen werden sollen.

Das müssen die Verbände dann einklagen: 12 Jahre später floß das Geld.

2005 tritt am 1. Januar das neue Thüringer Kommunalabgabengesetz in Kraft - was neues Chaos erzeugt.

Das Landesverwaltungsamt macht Druck und fordert die Kündigung des Geschäftsbesorgungsvertrags. Man droht mit einer Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue.

Bei den Kommunalwahlen geht Peter Schneider in Georgenthal als Sieger hervor und wird neuer Bürgermeister.

Horst Jaeckel tritt aus ge-



sundheitlichen Gründen nicht wieder als Bürgermeister an. Deshalb wurde ein neuer Verbandsvorsitzender gewählt. Am 1. Juli übernahm Thomas Reinhardt dieses Amt:

„2005/2006 klärten Gerichte endgültig die Rechtmäßigkeit und das Datum der Gründung des Zweckverbandes: Das war DIE existenzielle Frage für uns - nicht nur in Sachen Gebühren. Erst danach hatten wir die Sicherheit, unsere eigentliche Arbeit ordentlich erledigen zu können. Ein weiterer Meilenstein war dann 2009 die Gründung des Eigenbetriebes.“

2006: Die Rückerstattung der Trinkwasserbeiträge läuft auf Hochtouren - doch nicht immer bekommt der das Geld, der es damals bezahlt hat.

Nach den Kommunalwahlen kommt Marion Hopf (Ohrdruf) zum Verband.

Der am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsbesorgungsvertrag steht wieder im Rampenlicht: Wie weiter nach 2009? Geschäftsbesorgung ausschreiben? Konzessionsmodell als neue Möglichkeit?

2007 läuft die Ausschreibung einer Trinkwasser- und Abwasserkonzession.

2008 kommt dann die Gründung - bzw. die Wiederbelebung des Eigenbetriebes mit eigenem Personal ins Gespräch.

Kurz vor Jahresende muss aber alles ganz schnell gehen. Die Entscheidung lautet: Das „eigene“ Personal in der Stawigo wird zum 1. 1. 2009 übernommen, ein Mietvertrag mit der WiBeGo und ein Personalgestellungsvertrag werden abgeschlossen.

2009 werden neue Ziele abgesteckt: Dazu gehören der Aufbau einer eigenen Personalstruktur und ein baldiger Umzug ins Verbandsgebiet.

Die Herausforderungen sind groß: Man kann nicht einfach Kolleginnen und Kollegen, die 15 Jahre zusammen gearbeitet haben, per Vertrag trennen. Personal musste also neu strukturiert und ausgebildet werden.

Der Personalgestellungsvertrag war deshalb die klügste und wirtschaftlichste Entscheidung.

(wird fortgesetzt)

